

DEMO NEWSLETTER

Ausgabe 11 | 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach dem DEMO-Kommunalkongress ist vor dem Bundesparteitag. Zwischen den beiden Großveranstaltungen bekommen Sie heute das Aktuellste aus der Kommunalpolitik. Das Hauptaugenmerk liegt diesmal auf der Berichterstattung über den 4. Kommunalkongress, der am vergangenen Donnerstag und Freitag wieder rund 400 Vertreter aus Kommunalpolitik, Verwaltung und Wissenschaft nach Berlin gelockt hat. Für das Engagement sagt

die DEMO herzlich Danke!

Was uns nun in Dresden erwartet, ist noch ungewiss. „Wir sind alle Kandidaten“, hat der designierte Parteivorsitzende Sigmar Gabriel immer wieder betont. Dass es ihm ernst ist mit der Stärkung der innerparteilichen Demokratie, hat er bei mehreren Regionalforen gezeigt. Warten wir ab, wie der Neuanfang aussehen wird.

Anregende Lektüre wünscht Kai Doering!

DEMO 11/2009: Energieeffizienz tut not



Titel: Politik für mehr Energieeffizienz

Effizienterer Energieeinsatz ist die Geheimwaffe im Kampf gegen Klimawandel und für die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft. Unser Titel beschreibt, was Sozialdemokraten dafür tun können, auf

Bundes- und Landesebene, aber vor allem vor Ort in (Erneuerbare-Energie- oder Effizienz-)Regionen, in Groß- und Mittelstädten, aber auch in kleineren Gemeinden.

Berichte

Wir berichten über die Folgen der Krise für die Kommunalfinanzen, hessische SPD fordert Regionalreform für Rhein-Main, Berlins S-Bahn-Desaster – Folgen eines Privatisierungskurses, die Lage in Saarbrücken und Erfurt, den OB-Erfolg in Koblenz u.a.m.

Report: Kommunalpolitik besser machen/Best Practice Kommunal

Braunschweiger Erfolge bei Integrationspolitik, Darmstädter Beteiligungspolitik und Rheinhessen gegen Rechts. Porträt: Wilhelm Polte – er führte seine Stadt als OB durch demokratische, aber auch schwierige Zeiten.

+++ Neu: Deutschland kommunal 2010 +++



Anfang November erscheint die neue Ausgabe des großen Kommunalhandbuchs – umfassend und übersichtlich:

Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern und dem Bund; Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte

über 20 000 Einwohner mit Anschriften; Verteilung der Sitze in Rat und Kreistagsfraktion; (Ober-)

Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte. Neu: Kommunalberatungen.

Weitere Schwerpunkte:

Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke aus Städten mit über 100 000 Einwohnern, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur

Termine: Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

Das neue Nachschlagewerk ist ab Anfang November erhältlich unter www.demo-online.de oder bei Stefanie Martin, Fax: (030) 255 94 -199, vertrieb@demo-online.de

Einen besonderen Service bietet die DEMO-Anzeigenabteilung für Werbekunden und solche, die es werden wollen: eine aktuelle und detaillierte The-

menvorschau für die jeweils kommende Ausgabe der DEMO.

Infos unter witzel@demo-online.de

Die Rubriken im DEMO-Newsletter:

- 2-4 Politik
- 5 Rezension
- 6 Klima
- 7 IT und Wirtschaft
- 8 Aus SPD & SGK
- 9 Tipps
- 10 Termine, Impressum

Anzeige

Qualität für die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft
Dafür steht der **Entsorgungsfachbetrieb**
www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de

Mit Durchblick. Für Qualität!

Entsorgungsgemeinschaft e. V.

Anzeige

RENEXPO[®]
AUSTRIA

26. - 28.11.2009
Salzburg, Austria
www.renexpo-austria.at

Anzeige

WIKOM^{AG}
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

14193 Berlin, Humboldtstraße 17
Tel. (0 30) 89 04 09 0, Fax: (0 30) 89 04 09 99
E-Mail: berlin@wikom-ag.de
Homepage: www.wikom-ag.de

ITI
Mittelrheinische Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

56068 Koblenz, Hohenzollernstraße 104 - 108
Tel. (02 61) 3 03 12 0, Fax: (02 61) 3 03 12 93
E-Mail: zentrale@m-treuhand.de
Homepage: www.m-treuhand.de

www.demo-online.de

Die DEMO 12/2009-1/2010 erscheint am 10. Dezember 2009. Täglich aktuelle Infos unter www.demo-online.de
„Deutschland kommunal 2010“ ist erhältlich unter vertrieb@vorwaerts.de, die Mediadaten unter witzel@demo-online.de

„Arbeit, Bildung und Demokratie“

Bundestagswahl hin, Grippewelle her – den Weg zum 4. DEMO-Kongress „Kommunalpolitik besser machen“ in Berlin fanden am 5. und 6. November wieder knapp 400 Vertreter aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft.

Am ersten Kongresstag standen im Forum des Deutschen Beamtenbunds (dbb) in der Berliner Friedrichstraße die Themen „Arbeit, Bildung und Demokratie“ im Vordergrund, dabei spielte der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag eine Hauptrolle: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit kritisierte den Vertrag als wenig hilfreich für die Arbeit in den Metropolen. Dort ballten sich die Probleme, dort gebe es aber auch gemeinsame Lösungen. Wowereit beschrieb die Arbeit der SPD-Metropolenkommission und forderte eine Stadtpolitik, die für Wachstum, sozialen Ausgleich sowie für Kultur und Toleranz eintrete.

Gerhard Langemeyer, OB a.D. und Vorsitzender der Bundes-SGK – seit Freitag führt Hannovers OB Stephan Weil die politischen Geschäfte – setzte sich detailliert und kritisch mit der Koalitionsvereinbarung auseinander, deren Attacken auf die Gewerbesteuer und deren Steuergeschenke auf Pump bzw. zu Lasten der Kommunen die Kommunalunfreundlichkeit von Union und FDP dokumentierten.

Im Forum zu Hartz IV bzw. der Grundsicherung herrschte große Verärgerung darüber, dass

Schwarz-Gelb die Aufgabenwahrnehmung bei der Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen wieder trennen will, womit man bei Hartz nach Jahren des Einarbeitens wieder ganz am Anfang stehe.

Doris Ahnen, Bildungsministerin in Rheinland-Pfalz, schilderte, wie ihr Land Bildungsreformen durchführt, um möglichst allen Menschen gleichen Zugang und gleiche Startchancen im Berufsleben zu ermöglichen. Im Anschluss gab es dann mehrere Foren zu Themen wie Bildung als Arbeitsmarktpolitik, als lokale Zukunftsaufgabe, den demografischen Wandel demokratisch, d.h. unter Beteiligung der Bürger bewältigen. Am kontroversesten ging es im Forum „Direkte und repräsentative Demokratie“ zu. Die anwesenden Politiker wie etwa Darmstadts OB Walter Hoffmann warnten vor einer Überschätzung der direkten Demokratie. Wissenschaftler Volker Mittendorf verteidigte die direkte Demokratie als notwendige Ergänzung des repräsentativen Politikbetriebs, der bei immer mehr Bürgern auf Skepsis, ja Ablehnung stoße, und riet zum gesunden Mix.

Zum Abschluss des ersten Kongresstags zeigte der Nürnberger Sozial- und Familiendezernent Reiner Pröll an Beispielen aus seiner Stadt auf, wie Kommunalpolitik Arbeit, Bildung und Demokratie verbinden kann. Pröll vertrat den SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, der abgesagt hatte.

sg

„Energie, Umwelt und Mobilität“

Der zweite Kongresstag stand ganz im Zeichen von Energie, Umwelt- und Verkehrspolitik. Prof. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaft führte in das Thema ein und forderte die Kommunen auf, ihre Chancen zu nutzen. Sie machte vergessen, dass die Mainzer Umweltministerin Margit Conrad wegen einer plötzlichen Grippe nicht sprechen konnte.

Beim Podium zu Erneuerbaren und Energieeffizienz kritisierte auch Stephan Weil, OB Hannovers und Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen, die Vorgaben des Koalitionsvertrags als kommunalwirtschaftsfeindlich. Lutz Freitag, Präsident des Wohnungsunternehmensverbands GdW, lobte die CO₂-Sparmaßnahmen seiner Mitglieder und kritisierte bürokratische Überregulierung durch die Energieeinsparverordnung der alten Bundesregierung. Den Impuls „Was Kommunen für Energieeffizienz und Erneuerbare tun können“, hielt BEE-Geschäftsführer Björn Klusmann, da Dietmar Schütz, OB a.D. und Präsident des Bundesverbands Erneuerbarer Energien, ebenfalls wegen einer plötzlichen Erkältungserkrankung nicht reden konnte.

Am Schluss standen mehrere Foren zu den Arbeitsthemen, bei denen das Verkehrsforum besonders gut besucht, das Forum zur Rekommunalisierung

besonders kontrovers verlief: Hier betonte der Vertreter von Veolia, Private könnten Partner der Kommunen sein – Veolia begnügt sich mit einem Anteil von 25,1 Prozent –, während Renate Sternatz, Bereichsleiterin Gemeinden bei verdi, ihre grundsätzliche Skepsis gegenüber allen Formen der Privatisierung, also auch ÖPP als „Light-Variante“, formulierte.

Roland Schäfer, Bürgermeister in Bergkamen und Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, zeigte am Beispiel seiner Stadt auf, dass sich durchdachte und kalkulierte Rekommunalisierung rechnet und sie die Steuerungspotenziale der Kommune vergrößert. Dem stimmte Jens Lattmann, Wirtschaftsdezernent Deutscher Städtetag, ausdrücklich bei. Einig waren sich alle, dass die Kommunen gehalten sind, die Gunst der Stunde der auslaufenden Konzessionsverträge zu nutzen – solange ihnen die rückläufigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer überhaupt Spielräume für Netzzrückkäufe ließen. Beispiele dafür gab es genug – von Bergkamen bis zum Thüga-Verkauf an ein Stadtwerkekonsortium in diesem Herbst. Am Ende waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder um viele gute Beispiele, etliche Gespräche und Kontakte und einen schönen Abend reicher geworden.

sg



Fotos: Lorenz Richter

DEMO-Kommunalfüchse verliehen

Am Abend ihres 4. Kommunalkongresses feierte sich die DEMO in Willy Brandts Rathaus Schöneberg anlässlich ihres 60. Geburtstags selbst: Herbert Schmalstieg ehrte die DEMO und begeisterte die Gäste mit einer Laudatio im Willy-Brandt-Ton. Es folgte die Verleihung der DEMO-Kommunalfüchse 2009 für intelligente Kommunalpolitik. Diesmal spielte Nachwuchsförderung eine große Rolle: So erhielt die Stadt Osnabrück für ihr KidS-Projekt, bei dem seit 2001 über 800 Schüler an Kommunalpolitik herangeführt worden sind, den 1. Preis für eine Einzelstrategie, die Jusos Baden-Württemberg gewannen für ihre Kommunalwahlinitiative „Die Zukunft Deiner Stadt“ den ersten Preis für junges Engagement, die Gemeinde Alheim mit ihrem Bürgermeister Georg Lüdtker gewann den 1. Preis für eine Gesamtstrategie aus Erneuerbarer-Energie-Erzeugung, Umwelt- und Klimaschutz, Umweltbildung und -tourismus mit regionaler Kooperation u.a., für Engagement gegen Rechts wurden gleich zwei erste Preise für nachhaltige Initiativen im ländlichen

Raum vergeben: einer an den Verein „Rheinhausen gegen rechts“ sowie ein zweiter an den Koordinator des Schwalm-Eder-Kreises, Stephan Bürger, der den Preis mit seinem Landrat Frank-Martin Neupärtl entgegennahm.

Höhepunkt des Abends war aber die Verleihung des Kommunalfuchs 2009 für das Lebenswerk an Dr. Wilhelm Polte (s. Foto), OB der sachsen-anhaltischen Landeshauptstadt Magdeburg von 1990 bis 2002. Auf Polte, der schon als DDR-Bürger 1960 in Westberlin der SPD beitrug, die SDP 1989 mitgründete und seine Stadt durch die schwierigen Nachwendeziten führte, laudierte sein Braunschweiger Ex-Amtskollege und früherer MP Gerhard Glogowski. Poltes Freudenruf, fast auf den Tag genau 20 Jahre nach dem Mauerfall im Rathaus seines großen Vorgängers Ernst Reuter (1931-1933 Magdeburger OB, bis die Nazis ihn vertrieben) die Ehrung zu erhalten, rührte viele im Saal zu Tränen. Ein kräftiges Büffet und Musik rundeten den gelungenen Abend ab.

sg



Fotos: Lorenz Richter

Berichte und Fotos vom Kongress unter www.demo-online.de/demo-kongress, eine Dokumentation gibt es voraussichtlich im Frühjahr 2010.

Gründung von Saarmaica vollzogen

Im Gegensatz zu den Regierungsbildungen in Schleswig-Holstein und Thüringen war man sich in Saarmaica überraschend einig: Peter Müller wurde am Montag mit allen 27 Stimmen der ersten schwarz-gelb-grünen Koalition in einem Bundesland zum neuen alten Ministerpräsidenten des Saarlands gewählt. Er bleibt nicht nur im alten Amt, sondern übernimmt trotz Protesten von Rich-

terbund und Opposition auch das Justizressort, um die Vergrößerung des Kabinetts von bisher sieben auf acht Ministerien (vier CDU, jeweils zwei für FDP und Grüne) in Grenzen zu halten. Einer der Schwerpunkte der neuen Regierung soll die Bildungspolitik sein, deren Anteil am Etat von 25 auf 30 Prozent steigen soll.

Quellen: Stuttgarter Zeitung und Frankfurter Rundschau vom 11. November 2009

Per Kennzeichen regionale Treue zeigen

Hessens Kraftfahrer können ihrer Region künftig treu bleiben – zumindest per Kfz-Kennzeichen. Seit dem 1. November müssen sie bei einem Umzug innerhalb des Bundeslands nicht mehr das Nummernschild wechseln. Neben Einsparung durch Wegfall von Ummeldung und Erwerb eines neuen Nummernschilds sollen

zukünftig auch diejenigen „entlastet“ werden, die sich mit einem neuen Kennzeichen bisher schwer taten bzw. die Ummeldung vergaßen. Die Versicherungen werden über den Wohnortwechsel benachrichtigt und können ihre jeweiligen Prämien dann anpassen.

Quelle: FR, 17./18. Oktober 2009

Bahnhöfe mit Hindernissen

Eine Untersuchung des Bündnisses „Allianz pro Schiene“ ergab, dass 70 Prozent der Bahnhöfe in Deutschland inzwischen barrierefrei ausgebaut sind. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern: Während in Schleswig-Holstein 88 Prozent der Bahnhöfe für Menschen mit Behinderungen oder Eltern mit Kin-

derwagen leicht zugänglich sind, verfügen im Saarland nur 44 Prozent der Stationen über barrierefreie Zugänge. Dabei gehen die Länder auch unterschiedlich vor: NRW und Niedersachsen, die beide über dem Durchschnitt liegen, haben z.B. Förderprogramme aufgelegt, die auch die Schaffung von Barrierefreiheit berücksichtigen.



Foto: www.pixelio.de, Volker Zintgraf

Quelle: taz, 17./18. Oktober 2009

Jeder Fünfte will energetisch sanieren

Jeder fünfte Haus- oder Wohnungseigentümer plant in den nächsten zwölf Monaten energetische Sanierungsmaßnahmen. Das ist das Ergebnis des GfK-Energiemonitors der GfK-Marktforschung vom Oktober. Schwerpunkte sind die Wärmedäm-

mung, aber auch Photovoltaik und Solarthermie. Priorität haben Vorhaben zur Vermeidung von Energieverlusten wie Erneuerung von Fenstern oder Dachdämmung.

Quellen: Deutsche Sparkassenzeitung vom 30. Oktober

Zugferd ohne Zug

Auch wenn mit Joschka Fischer ein Zugferd gefunden wurde, das viermal jährlich Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft hierher holen will, tritt die in Berlin-Schöneberg geplante private Energie-Uni auf der Stelle. Sie liegt wegen der Wirtschaftskrise auf Eis und soll als Idee erst nach einer fünfjährigen Aufbauphase wieder aufgegriffen werden.

Geplant war, auf dem Gelände des ehemaligen Gasometers mehrere Gebäude für Uni und weitere kommerzielle Vorhaben zu errichten. Dagegen hatte ein breites Anwohnerbündnis protestiert, die den Initiatoren vorwarf, sich nicht vorrangig für die Energie-Uni, sondern für ein auf dem Gelände geplantes Einkaufszentrum stark zu machen.

Quellen: die tageszeitung vom 30. Oktober

Denken wie im Kalten Krieg

Der Extremismusforschung der Bundesregierung wird von seiten einer Gruppe von Professoren politische Ignoranz vorgeworfen. Sie vermuten, dass Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus in Gefahr sind, da im neuen Koalitionsvertrag vorgesehen ist, die Programme gegen Rechtsextremismus auf die Bekämpfung

von linkem und islamistischen Extremismus auszuweiten ohne eine Ausweitung der finanziellen Mittel. Die Professoren sehen in den Plänen eine Gleichsetzung von linkem und rechtem Extremismus, der aus den Denkschablonen des Kalten Kriegs resultiere.

Quellen: Frankfurter Rundschau vom 11. November

Kaum Besserung in Sicht

Das ostdeutsche Lohnniveau liegt auch 20 Jahre nach Mauerfall noch immer ein Viertel unter dem in Westdeutschland. Im Zusammenhang mit höhe-

rer Arbeitslosigkeit ist auch das Armutsrisiko in den neuen Bundesländern größer, so eine aktuelle DGB-Studie.

Download:
www.dgb.de/2009/10/02_arbeitsmarkt_osten

Moscheebau in Köln begonnen

Mit der feierlichen Grundsteinlegung hat am 7. November der Bau der Zentralmoschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld begonnen. Bauherr ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib). Das Gebäude, um das es wegen seiner Grö-

ßere jahrelange kontroverse Diskussionen gegeben hatte, soll eine rund 35 Meter hohe Kuppel und 50 Meter hohe Minarette erhalten. Am Rande der Feier demonstrierte die rechtspopulistische Bürgerbewegung „pro NRW“ gegen den Bau. *kai*

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 9. November

Difu-News

Fortbildung zu Themen rund um die Stadt

Das Difu hat sein neues Fortbildungsprogramm für 2010 herausgegeben: Von Abfallwirtschaft bis Zertifizierung von Stadtquartieren – Kommunen müssen auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren, die richtigen Entscheidungen treffen, effek-

tiv handeln. Mit rund 40 praxis- und zukunftsorientierten Fortbildungen unterstützt das Difu die Kommunen 2010 bei ihrer Arbeit. Die Fortbildungen finden überwiegend in Berlin, aber auch an anderen Orten statt.

Das Programm kann im Internet abgerufen werden unter <http://www.difu.de/presse/091016.shtml> oder auch als Printversion per Mail über fortbildung@difu.de bestellt werden.

Tue Gutes und Rede darüber

Die neue Difu-Veröffentlichung „Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren“ stellt Kommunikationsmethoden und Umsetzungsbeispiele für einen sparsamen Umgang mit Flächen vor, denn die Kommunikation des Anliegens Flächensparen steckt

noch in den Kinderschuhen. Die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Veröffentlichung ist gratis als Buchveröffentlichung sowie als Download erhältlich.

Weitere Infos:
<http://www.difu.de/publikationen/abfrage.php?id=1019>

Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche verbessern

Eine neue Difu-Arbeitshilfe unterstützt Kommunen bei der Verbesserung ihrer Gesundheitsförderung. Angesichts der ungleichen Verteilung von Gesundheitschancen kommt der Gesundheitsförderung eine wachsende Bedeutung zu. Die Ar-

beitshilfe zeigt, wie kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung als Teil der Stadtteilentwicklung und der Quartiersarbeit erfolgreich und qualitätsgesichert implementiert und etabliert werden kann.

Weitere Infos:
<http://www.difu.de/presse/091015.shtml>

Rezension I: Ratgeber gegen rechts

Die Feder ist mächtiger als das Schwert. Diese Lehre haben sich die Herausgeber des „Buchs gegen Nazis“, Holger Kulick und Toralf Staud, zu Nutze gemacht. In 70 kurzen wie prägnanten Kapiteln stellen sie dar, was Rechtsextremismus ist, was man über ihn wissen muss und wie man sich effektiv wehren kann. Ihr Buch gliedert sich in die drei Bereiche „Wissen“ (Was will eigentlich die NPD? Sind alle Skinheads rechtsextrem? Gibt es bei den Neonazis auch Frauen?), „Handeln“ (Darf man Hakenkreuze übermalen? Soll man Nazis aus dem Sportverein werden? Sind Sitzblockaden eigentlich strafbar?) und „Erkennen“. Hier werden Symbole mit Bezug zum Nationalsozialismus gezeigt und erklärt und die Kleidungsmarken der rechtsextremen Szene analysiert.

Das knapp 300 Seiten starke Handbuch ist hervorgegangen aus dem Internet-Portal „Netz gegen Nazis“, das die „Zeit“ im Mai 2008 ins Leben rief. Die besten Beiträge aus Lexikon und Forum haben nun den Weg zwischen zwei Buchdeckel geschafft. Zum Glück, denn mit dem „Buch gegen Nazis“ legen Kulick und Staud eine hervorragende Hilfestellung für den Kanpf gegen rechts vor.

Das große Plus des Buchs: Es bietet für jeden etwas Passendes. So kann sich derjenige, der noch wenig über NPD, Kameradschaften und „Neue Rechte“ weiß, recht schnell einen Überblick über die rechte Szene verschaffen. All denjenigen, die eine spezielle Frage haben, hilft das Buch als Nachschlagewerk und erlaubt einen gezielten Zugriff auf die gesuchten Informationen. Daneben bietet eine umfangreiche Linksammlung am Ende jedes Kapitels die Möglichkeit, sich schnell und gezielt über das „Buch gegen Nazis“ hinaus zu informieren.

Für Kommunalpolitiker lohnt sich die Lektüre des Kapitels „Im Gemeinderat sitzt neuerdings die NPD – wie können Lokalpolitiker reagieren?“ besonders. Hier geben die Autoren Tipps, die ebenso einfach wie wertvoll sind. Doch auch bei rechtlichen Fragen im Umgang mit Neonazis leistet das Buch gute Hilfestellung.

Eine erste Wirkung hat das „Buch gegen Nazis“ übrigens bereits gezeigt. So wollten Produzenten der umstrittenen Kleidungsmarke „Thor Steinar“ den Vertrieb des Ratgebers gerichtlich verbieten lassen. Das Landgericht Köln wies ihre eingereichten einstweiligen Verfügungen jedoch zurück. **Kai Doering**



Toralf Staud, Holger Kulick: **Das Buch gegen Nazis**
Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann
 ISBN: 978-3-462-04160-6,
 12,95 Euro

Blick nach Rechts: Schlag gegen Berliner Kameradschaft

Rund ein Jahr nach ihrer Gründung wurde am Donnerstag die Kameradschaft „Frontbann 24“ durch den Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) verboten und zwei Wohnungen von mutmaßlichen Führungskadern durchsucht.

Die Ende 2008 gegründete Berliner Kameradschaft galt als die am „schnellsten wachsende Neonazi-Organisation“ (Körting) Berlins. Bekannt wurde die braune Truppe durch ihr martialisches Auftreten in der Öffentlichkeit. Zum Dresscode der rund 30 Mitglieder gehörte eine schwarze, an die SA angelehnte Uniform. Diese bestand aus Hemden mit aufgesticktem Reichsadler, Lorbeerkranz und dem Schriftzug „Frontbann 24“. Enge Verbindung zum „Frontbann24“ wird der ehemaligen NPD-Funktionärin Gesine Hennrich nachgesagt, deren Wohnung in Berlin-Lichtenberg am Donnerstag laut Meldung des „Tagesspiegel“ auch durchsucht wor-

den sein soll. Das Verbot kam wenig überraschend, da bereits im August dieses Jahres elf Wohnungen mutmaßlicher „Frontbann24“-Aktivisten durchsucht und dabei diverse NS-Devotionalien, wie Hakenkreuzfahnen und Hitler-Bilder, beschlagnahmt wurden.

In einer im Zuge des Verbots erschienenen Pressemitteilung heißt es, dass die Kameradschaft in „aktiv-kämpferischer und aggressiver Weise“ agierte und eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ aufwies. Nur wenige Stunden nach den zwei Hausdurchsuchungen meldete sich die Kameradschaft mit einer Stellungnahme im Internet zu Wort, in der sie mitteilte, vorläufig nicht näher auf die „Vorwürfe der Besatzergehilfen“ einzugehen und „rechtliche Schritte“ gegen die Verbotsverfügung prüfen zu lassen.

Blick nach Rechts: „pro Köln“ darf beobachtet werden

Die Bemühungen der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro Köln“, sich als normale und demokratische Formation darzustellen, haben einen Rückschlag erlitten. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschied am Dienstag, dass die Erwähnung von „pro Köln“ in den Verfassungsschutzberichten des Landes für 2007 und 2008 rechtmäßig gewesen sei. Das Gericht stellte fest, dass sich die „Bürgerbewegung“ bis heute weder von ihren diffamierenden Äußerungen zu Ausländern noch von den Kontak-

ten zu anderen rechtsextremen Organisationen distanziert habe. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums hat das Verwaltungsgericht eine Berufung nicht zugelassen. Der „pro Köln“- und „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht äußerte unterdessen die Erwartung, dass „höhere Instanzen, wie etwa das Bundesverfassungsgericht, kein Verständnis für die heute erneut erfolgte Beschädigung des Rechtsstaates haben werden“.



Klima schützen mit Sparkassenbrief

Anfang Mai 2009 legten Sparkasse und der Energiedienstleister Badenova in Freiburg gemeinsam den Klima-Sparkassenbrief auf. Ziel ist, von den Anlegergeldern Sparkassenkredite an die Badenova weiterzureichen, die dann damit regionale Wind-, Wasserkraft-, Biogas- oder Solaranlagen baut. Die Anleger

können ab 500 Euro anlegen und erhalten für die Dauer von vier Jahren einen momentan krisenbedingten Festzins von 2,25 Prozent (drei Prozent bei Ausgabestart). Bis Anfang Oktober haben knapp 1 000 Anleger inzwischen 15 Millionen Euro in Klima-Sparkassenbriefe investiert.

Quelle: PM Grüne Freiburg, fraktion@gruene-freiburg.de

Kampf um die Fahrradhauptstadt

Obwohl Münster niemals offiziell zur Fahrradhauptstadt erklärt worden ist, trug sie den Titel wie selbstverständlich. Nun macht ihn ihr die Hansestadt Greifswald streitig, deren Universität (an einem einzigen Tag im Oktober) ermittelt hat, dass in Greifswald 44 Prozent der Bürger täglich ihr Rad nutzen, während es in Münster „nur“ 38 Prozent

sind. Münster wird aber weiterhin gefühlte Radhauptstadt bleiben, da es hier 293 Kilometer eigenständige Radwege gibt (Greifswald: 14 Kilometer), außerdem 22 Fahrradstraßen (Greifswald: eine). Bundesweit liegt der Durchschnitt der täglichen ihr Fahrrad Nutzenden bei zehn Prozent.

Quellen: Münsterländische Volkszeitung vom 17. und Hamburger Abendblatt vom 21. Oktober 2009

Leipzig wirbt für Klimaschutz

Seit dem 5. November wirbt die Stadt Leipzig für den Klimaschutz. Unter dem Motto „Klimaschutz/Energieeinsparung – Sie sparen bares Geld und CO₂“ sollen die Bürger einen Monat lang zu klimafreundlichem Verhalten motiviert werden.

In Bürgerämtern, an Straßenbahnen oder Litfaßsäulen werden dann Tipps gegeben, wie mit wenig Aufwand viel Energie und Kohlendioxid im privaten Bereich eingespart werden kann.

www.leipzig.de/klimaschutz

Klimagutscheinbuch für München

Das im oekom verlag erschienene „Klimasparbuch München 2010“ vereint nützliche Tipps mit attraktiven Gutscheinen für einen nachhaltigen Lebensstil. Neben den über 60 Gutscheinen im Wert von 500 Euro erfahren die Leser u.a., wie sie gesund essen und bewusst leben können mithilfe nachhalti-

gen Konsums, klimafreundlich von A nach B kommen, grüner wohnen und ökologischer bauen können. Wegen der großen Nachfrage plant der Verlag bereits, das Modell des Klima-Gutscheinbuchs auf andere Kommunen zu übertragen.

Klimasparbuch München, Oekom-Verlag 2009, ISBN 978-3865811363, 6,90 Euro

Hafencity wird lokal mit Energie versorgt

Hamburgs gerade neu entstehende Hafencity soll über ein Nahwärmenetz mit dezentralen Erzeugungseinheiten mit Energie versorgt werden. Das ist das Ergebnis der europaweiten Ausschreibung. Anhand von Holzverbrennungsanlage, Hochtem-

peratur-Brennstoffzelle sowie das Elbwasser nutzenden Wärmepumpen soll die mehr als eine Million Quadratmeter betragende Fläche der östlichen Hafencity mit Energie aus lokalen Ressourcen versorgt werden.

Quelle: UmweltBriefe 22, 5. November 2009

Strom sparen unter Gläubigen

Würden die beiden großen christlichen Konfessionen ihre etwa 20 000 Gebäude allein in NRW energetisch sanieren, könnten die jährlich anfallenden 175 Millionen Euro Energiekosten um 40 Millionen Euro gesenkt werden. Wie das gehen kann, zeigt „Energiesparen in Kirchengemeinden – Ein praktischer Leitfaden“. Er beschreibt, wie sich in

nordrhein-westfälischen Kirchen und anliegenden Gebäuden durch energetische Sanierung langfristig 450 Millionen Kilowattstunden Wärme und 40 Millionen Kilowattstunden Strom einsparen lassen und dadurch die Umwelt durch die Vermeidung von 100 000 Tonnen CO₂ entlastet würde.

Energiesparen in Kirchengemeinden, oekom verlag 2009, ISBN 978-3-86581-135-6, 18,90 Euro www.energieagentur.nrw.de/kirche

IRES 2009

Auf der „4. Konferenz zur Speicherung erneuerbarer Energien“ (IRES 2009) werden der Stand der

Technik und insbesondere die Anwendungsmöglichkeiten der Energiespeicherung präsentiert.

24. bis 25. November in Berlin www.eurosolar.org

Mehr Förderstufen bei KfW-Programmen

Durch das Inkrafttreten der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009 bietet die KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren im Pro-

gramm „Energieeffizient Sanieren“ vier statt bisher zwei und im Programm „Energieeffizient Bauen“ drei statt bisher zwei Förderstufen an.

www.kfe.de/infodienst

Eon verkauft Stromnetz

Nachdem Eon vor einigen Wochen den Verkauf der Stadtwerke-Holding Thüga an ein kommunales Konsortium unterzeichnet hat, wird der Düsseldorfer Konzern jetzt auch sein 10 700 Kilometer langes Hochspannungsstromnetz für 1,1 Milliarden Euro an die staatliche niederländische Netzgesellschaft Tennet verkaufen. Eon kommt damit einer Auflage der EU-Kommission nach, die sich davon mehr Wettbewerbsmöglichkeiten für neue Stromanbieter und niedrigere Preise für Verbraucher erhofft.

Holger Krawinkel vom Bundesverband der Verbraucherzentrale lobte den aus seiner Sicht längst überfälligen Schritt, der endlich alte Strukturen aufbreche. Kritiker sehen indes keine Preisvorteile für den Kunden, da die Netzentgelte auch für Tenet gelten und in diesem Bereich in Zukunft hohe Investitionen notwendig seien. Probleme mit der Einspeisung, deren Kosten zurzeit auf die Kunden übertragen werden, könnten mit einer Deutschen Netz AG gelöst werden. *dafa*



Bild: www.pixelio.de, Manfred Schimmel

Quellen: Handelsblatt vom 23. Oktober, Stuttgarter Zeitung und Frankfurter Rundschau vom 11. November

Höhere Gebühren für Müll und Abwasser?

Empörung lösen Pläne der schwarz-gelben Koalitionsunterhändler aus, kommunale Entsorger steuerlich mit privaten gleichzustellen. Danach müssten alle Entsorger 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen. Das brächte Bund und Ländern bis zu vier Milliarden

Euro, dagegen müssen Mieter in kommunalen Wohnungen laut Deutscher Mieterbund mit bis zu 150 Euro höheren jährlichen Nebenkosten rechnen. Auch die Gewerbesteuer scheint zu wackeln: Schwarz-Gelb plant eine Kommission. *sg*

Mehr: www.demo-online.de

Kliniken bleiben kommunal

Die drei Kreiskliniken im Landkreis Rottal-Inn bleiben in kommunaler Hand. Dies entschied ein Bürgerentscheid, der mit 89,4 Prozent gegen den Vorschlag der parteilosen Landrätin Bruni Mayer deutlich ausfiel. Die Beteiligung lag bei 54 Prozent.

Mayer hatte argumentiert, für eine dauerhafte Sicherstellung der medizinischen Versorgung müssten die Spitäler an die Rhön-Klinikum AG verkauft werden. Dies sahen die Bürger anders. *dafa*

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 10. November

Sparkassen dürfen Kredite weiterverkaufen

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 27. Oktober dürfen Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute Kredite weiterverkaufen. Der Abtretung stehe weder das Bankgeheimnis noch die Verletzung von Privatgeheimnissen durch Amtsträger

entgegen. Ein Ehepaar aus Schleswig-Holstein hatte geklagt, nachdem die Sparkasse ihr Darlehen in einem Paket an die Credit Suisse London verkauft hatte (AZ: XI ZR 225/08). *dafa*

Quelle: PM des BGH und Focus-Online vom 27. Oktober, Welt-Online vom 28. Oktober

Flughafen Leipzig startet durch

In den vergangenen Monaten ist das Luftfrachtvolumen des Flughafens Leipzig/Halle um 16,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. Hauptgrund für den Zuwachs sei die Ansiedlung der Cargo-Flugesellschaft Aero Logic, so der Geschäftsführer der Flughafen Leipzig/Halle GmbH, Dierk Näther. Ziel sei nun, den Köln-Bonner-Airport als zweitgrößten Frachtflughafen Deutschlands abzulösen. *dafa*

gesellschaft Aero Logic, so der Geschäftsführer der Flughafen Leipzig/Halle GmbH, Dierk Näther. Ziel sei nun, den Köln-Bonner-Airport als zweitgrößten Frachtflughafen Deutschlands abzulösen. *dafa*

Quelle: Tagesspiegel vom 23. Oktober

Zu wenig Geld für die Schiene

Im Vergleich zu anderen Industrieländern investiert Deutschland laut der Bahnorganisation Allianz pro Schiene zu wenig Geld. So fordert Dirk Felge, Geschäftsführer des Bündnisses Allianz pro Schiene, pro Jahr fünf Milliarden Euro für Schieneninvestitionen. Felge beruft sich auf eine Studie des Verkehrsberatungsunternehmens SCI, wonach Deutschland mit 47 Euro pro Jahr und Einwohner am wenigstens im Vergleich zur Schweiz, Österreich, Großbritannien, Italien etc. ausgibt. *dafa*

nen. Felge beruft sich auf eine Studie des Verkehrsberatungsunternehmens SCI, wonach Deutschland mit 47 Euro pro Jahr und Einwohner am wenigstens im Vergleich zur Schweiz, Österreich, Großbritannien, Italien etc. ausgibt. *dafa*

Quelle: Tagesspiegel vom 24. Oktober

Aufschwung in der Baubranche

Die Konjunkturprogramme der rot-schwarzen Bundesregierung zeigen Wirkung. Im August waren die Auftragsbücher in der deutschen Baubranche voll

wie lange nicht mehr. So zog die Nachfrage preisbereinigt um 3,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat an, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Quelle: Tagesspiegel vom 24. Oktober

Neues Internetportal der KGSt

Anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens präsentiert sich die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) mit einem neues Internetportal. Unter www.kgst.de finden Kommunen ab sofort das gesamte Wissen der KGSt unter einem Dach. *dafa*

Internetportal. Unter www.kgst.de finden Kommunen ab sofort das gesamte Wissen der KGSt unter einem Dach. *dafa*

www.kgst.de

Wir gratulieren...

nachträglich **Ingeborg Junge-Reyer**, Senatorin für Stadtentwicklung in Berlin, und **Nikolaus Roth**, OB der Stadt Neuwied, die am 1. November ihren 63. bzw. 52. Geburtstag gefeiert haben. **Hubertus Heil**, Generalsekretär der SPD, beging am 3. November seinen 37. Ehrentag. Am 6. November wurde **Hans Jürgen Fip**, ehem. OB in Osnabrück, 69 und **Peter Kurz**, OB in Mannheim, 47 Jahre alt. **Hans Krollmann**, ehem. stellv. Ministerpräsident von Hessen, feierte am 7. November seinen 80. Geburtstag. Am selben Tag wurde Hanaus OB **Claus Kaminsky** 50 Jahre alt. Seinen 70. Geburtstag feierte **Björn Engholm**, ehem. Parteivorsitzender und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, am 9. November. **Rolf Geinert**, OB in Sinsheim, wurde an diesem Tag 54. **Dagmar Szabados**, OB in Halle (Saale) feierte am 10. November ihren 62. Geburtstag. Am 15. November wird **Egon Vaupel**, OB in Mar-

burg, 59 Jahre alt. **Rudolf Dreßler**, ehem. AfA-Vorsitzender, begeht am 17. November seinen 69. Geburtstag. Am 18. November wird der Vorsitzende der bayerischen SPD-Landtagsfraktion **Franz Maiget** 56 Jahre alt. **Heidmarie Wiczorek-Zeul**, ehem. Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, begeht am 21. November ihren 67. Geburtstag. Am selben Tag wird **Armin Lang**, Vorsitzender der ASG, 62 Jahre alt. **Günter Laux**, ehem. OB in Mayen, feiert am 23. November seinen 60. Geburtstag. Am 24. November werden der ehem. OB von Köln, **Norbert Burger**, und **Rainer Prewo**, ehem. OB in Nagold, 77 bzw. 64 Jahre alt. **Friedhelm Farthmann**, ehem. Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW, begeht am 25. November seinen 79. Geburtstag. Am 29. November feiert **Klaus Weichel**, OB in Kaiserslautern, seinen 54. Geburtstag.



Nachfragen bei
Kathrin Veh, SPD,
T.: (030) 25991 137

Stephan Weil für den Vorsitz der Bundes-SGK nominiert

In seiner Sitzung am 6. November 2009 hat der Vorstand der Bundes-SGK einstimmig Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover, zur Wahl zum Vorsitzenden der Bundes-SGK bei der nächsten Delegiertenversammlung am 12./13. November 2010 nominiert. Auf Wunsch des Vorsitzenden der Bundes-SGK, Gerhard Langemeyer, hat Stephan

Weil die laufenden politischen Geschäfte von ihm als Vorsitzender der Bundes-SGK sofort übernommen. Weil warnte vor den negativen Folgen des schwarz-gelben Koalitionsvertrags für die Kommunen. Viele Vorhaben des Vertrags würden zur Schwächung und Gefährdung der kommunalen Handlungsfähigkeit führen.



Bundes-SGK fordert Bündnis für Kommunen

Der Vorstand der Bundes-SGK hat in seiner Sitzung am 6. November 2009 das Positionspapier „Bündnis für Kommunen“ beschlossen. Darin fordert er eine Stärkung der Städte, Gemeinden und Kreise, damit diese ihre vielfältigen Leistungen für die Sicherung der Lebensqualität der Bürger auch künftig aufrechterhalten können. Ohne ein solches Bündnis werde es insbesondere in finanzschwachen

Kommunen zu deutlichen Leistungseinschränkungen und einem Verfall öffentlicher Infrastruktur kommen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft werde sich in einigen Regionen vertiefen. Deshalb fordert die Bundes-SGK Bund und Länder dazu auf, die Initiative für ein Bündnis für Kommunen aufzugreifen und ein abgestimmtes Maßnahmenpaket zu vereinbaren.

Das Positionspapier ist in einer Kurz- und Langfassung von der Internetseite der Bundes-SGK unter www.bundes-sgk.de abrufbar.

Schmalstieg Ehrenpräsident der Euro-SGK

Am 16. Oktober 2009 hat der Vorstand der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (Euro-SGK/USKRE) Claudy Lebreton (F) zum Präsidenten der Euro-SGK gewählt. Roland Schäfer, BM von Bergkamen und Erster Vizepräsident des DStGB, wurde Vizepräsident. Die ehemaligen Präsidenten der Euro-SGK, Herbert

Schmalstieg und Martine Buron, wurden zu Ehrenpräsidenten ernannt. Zudem fand in Paris eine Konferenz der Euro-SGK zum Thema „Zukunft gestalten: Der Beitrag der Kommunen und Regionen zu einem demokratischen, sozialen und nachhaltigen Europa“ statt, an der auch Philip Cordery, Generalsekretär der SPE, teilnahm.

Die Resolution zur Konferenz sowie weitere Infos finden sich unter www.uskre.eu

Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und FDP

Die Bundes-SGK hat in einem Positionspapier „Schwarz-gelbe Koalition gefährdet die Handlungsfähigkeit der Kommunen“ eine kommunalpolitische Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und FDP vorgenommen. Viele Vorhaben des Vertrags werden die Einnahmesituation der Kommunen spürbar verschlechtern. Zentrale Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, die in den

letzten Wochen an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag gerichtet worden sind, werden von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht beachtet oder sogar – wie bei der Gewerbesteuer – einfach vom Tisch gewischt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verlagert Lasten auf die Kommunen und entzieht ihnen zugleich Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen.

Die Bewertung des Koalitionsvertrags ist unter www.bundes-sgk.de abrufbar.

Aufträge sozial verantwortlich vergeben

Diese zweisprachige Broschüre (Deutsch-Englisch) bietet einen Überblick über die neuen Möglichkeiten, soziale Aspekte bei der Vergabe öffentlicher

Aufträge zu berücksichtigen. Geeignet ist sie besonders für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die mit Vergabemodalitäten zu tun haben.

Download:
www.bmas.de/portal/37954/

Wirtschaftspositionspapier des VKU

Der VKU hat ein Positionspapier der kommunalen Wirtschaft für die EU-Wahlperiode 2009-2014 un-

ter dem Titel „Infrastrukturpartner für ein handlungsfähiges Europa“ veröffentlicht.

Info: www.vku.de

Buch für mehr Bürgerbeteiligung

In ihrer Veröffentlichung „Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie“ beschreiben Helmut Klages, Ralph Keppler und Kai Masser, wie der Teufelskreis aus gegenseitigen Vorbehalten zwi-

schen Bürgern und Entscheidern vor Ort durchbrochen werden kann und mehr Bürgerbeteiligung möglich wird.

Helmut Klages, Ralph Keppler, Kai Masser. Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie, ISBN 978-3-941143-04-3, 5 Euro

Beteiligen für die Demokratie

Mehr Beteiligung des Einzelnen ist der Schlüssel zur Vitalisierung der Demokratie in Deutschland. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Magdeburger Politikwissenschaftlers Roland Roth. Er fordert,

demokratische Gestaltungsspielräume in möglichst allen Lebensbereichen zu erhalten bzw. überhaupt zu eröffnen.

Download: www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-6FABA84E-51D763E7/bst/xcms_bst_dms_29175_29176_2.pdf

Kita-Portal für Ulm

Seit Beginn des Kindergartenjahrs hat die Stadt Ulm eine Internetportal geschaltet, das die Suche nach freien Kita-Plätzen erleichtert. Über die Website können sich Eltern aktuell über freie Angebo-

te in sämtlichen Einrichtungen der Stadt informieren. Gleichzeitig wurde ein einheitliches Online-Anmeldeverfahren für die Kindertageseinrichtungen eingeführt.

www.betreuungsplatzsuche.ulm.de

CD zu Lebensbedingungen in den Kommunen

Über die Lebensbedingungen in Deutschland Kommunen informiert eine neue CD des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Die Scheibe, die zum Preis von 45 Euro (zzgl. Versand) erhält-

lich ist, enthält rund 450 Indikatoren u.a. zur Bevölkerung, Flächennutzung, medizinischen Versorgung sowie zur sozialen Infrastruktur.

Infos:
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/INKAR/Ausgaben/INKAR2009.html

Krankenhaus-Liste im Netz

Für die Suche nach dem passenden Krankenhaus haben Bertelsmann Stiftung und Dachverbände der größten Patienten- und Verbraucherorganisa-

tionen ein neues Internetportal erstellt. Hier finden sich Daten zu Qualität und Angebot von rund 2 000 deutschen Krankenhäusern.

www.weisse-liste.de

Reader zur Gesundheitsförderung

Einen Überblick über Vernetzungsansätze und die vielfältigen Aktivitäten der Gesundheitsförderung in den Bundesländern bietet der Reader zur

„Gesundheitsförderung in den Quartieren der Sozialen Stadt. Auf dem Weg zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit in den Ländern.“

Download:
www.gesundheitliche-chancen-gleichheit.de/pdf.php?id=c2b63b1d7be8e2a8dfdc47671d933abc

Infobrief zu Demographie

Mit einem „Info-Brief Demographie“ informiert die Demographiebeauftragte der Stadt Bielefeld, Susanne Tatje, seit Oktober regelmäßig über ihre Arbeit.

Daneben berichtet sie in den Themenheften „Zukunft Stadt“ über aktuelle Projekte und Entwicklungen.

Kontakt:
susanne.tatje@bielefeld.de

Länderspiegel Bürgerstiftungen

Einen Überblick über Anzahl, Art und Ziele der aktuell 257 Bürgerstiftungen in Deutschland gibt der „Länderspiegel Bürgerstiftungen“, den die Aktive

Bürgerstiftung im vierten Jahr in Folge herausgibt. Demnach liegt Deutschland bei der Anzahl der Stiftungen international auf Platz 2 hinter den USA.

www.aktive-buergerschaft.de

Anzeige

Termine im November/Dezember 2009

- Am 17. November findet in Berlin das Seminar „Bioabfälle kompostieren, vergären oder verbrennen?“ statt. **Anmeldung:** berlin@obladen.de
- Am 18. November findet in Essen die Konferenz „10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt in NRW“ statt. **Anmeldung:** staedtenetz@stadtentwicklung.essen.de
- Am 18. und 19. November 2009 findet in Hamburg die 9. Kommunale Klimaschutz-Konferenz statt. **Anmeldung:** a.hanisch@klimabuendnis.org
- Vom 19. bis 20. November findet in Köln die Tagung „Kreative Städte in Deutschland“ statt. **Anmeldung:** utz@boell.de
- Am 23. und 24. November findet in Berlin die Konferenz „Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktmanagement“ statt. **Anmeldung:** berlin@obladen.de
- Vom 24. bis 25. November ist auf dem Messegelände Berlin die 13. Fachmesse „Moderner Staat“. Um 13 Uhr Rundgang mit Innensenator Erhart Körting. **Infos:** www.moderner-staat.com
- Am 24. und 25. November findet in Dresden der „10. ICG-Stadtwerkekongress „Multitalent Stadtwerk““ statt. **Anmeldung:** nfo@stadtwerkekongress.de
- Am 27./28. November 2009 findet in Springe ein Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ statt. **Programm und Anmeldung:** www.bundes-sgk.de
- Am 3. Dezember findet in Brüssel die Konferenz „Corporate Culture and Regional Embeddedness“ statt. **Anmeldung:** david@iat.eu
- Am 10. Dezember findet in Berlin das Seminar „Schlüsselkunde Wohnungswirtschaft“ statt. **Anmeldung:** berlin@obladen.de
- Am 11. Dezember werden in Berlin die Europäischen Solarpreise 2009 verliehen. **Anmeldung:** www.eurosolar.de/de/index.php
- Der nächste DEMO-Newsletter erscheint am 4. Dezember. Mehr Termine unter www.demo-online.de/termine. Alle Angaben wie immer ohne Gewähr.

RegioSolar
KONFERENZ

Auf dem Weg zu 100% Erneuerbaren Energien

13.+14. November 2009
Fachhochschule Erfurt

Jetzt anmelden:
www.regiosolar.de

Bestellcoupon für die DEMO

Die Demokratische Gemeinde, kurz DEMO, erscheint jeden Monat. Das Einzelheft kostet 6,65 Euro zuzügl. 1,53 Euro Versand. Die DEMO gibt es auch im Jahresabo für 69 Euro frei Haus. Schüler/innen und Studenten zahlen 38,35 frei Haus. Ich bestelle:

- die nächste Ausgabe der DEMO
- Das Jahresabo der DEMO ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 69 Euro und erhalte dazu das Handbuch „Deutschland kommunal 2009“
- Das Jahresabo für Schüler/innen und Studenten/innen ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 38,35 Euro (bitte Nachweis beilegen)
- ein kostenloses Probeexemplar der DEMO
- Das Handbuch „Deutschland kommunal 2009“ zum Preis von 22,50 Euro zzgl. Porto und Versand.

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____@_____

Datum/Unterschrift: _____

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von einer Woche gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, widerrufen werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

www.demo-online.de

Der DEMO-Newsletter geht an mehrere tausend Mailadressen. Wenn Sie jemanden kennen, der uns gerne kennen lernen möchte, teilen Sie uns bitte seine Mailadresse mit.

Wenn Sie im Newsletter werben wollen, wenden Sie sich bitte an Henning Witzel,

T.: (030) 25594175 oder witzel@demo-online.de. Wir freuen uns auf Ihre Post.

Falls Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine Mail an tanski@demo-online.de mit dem Betreff „keinen Newsletter mehr“.

Impressum: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Redaktion Demokratische Gemeinde, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin.
Redaktionelle Bearbeitung: Kai Doering (kai), Daniel Faas (dafa), Norbert Seeger (nr) V.i.S.d.P.: Stefan Grönebaum